Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

...mmerpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst ...r Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. ...ch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und ...-Ausgaben M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 56. Dresden, Donnerstag den 10. März 1910. 21. Jahrg.

Der Herr von Wien.

Wien, 10. März Bürgermeister Dr. Lueger ist heute morgen gestorben.

Karl Lueger, der Bürgermeister von Wien, der allmächtige Führer der christlichen Partei Oesterreichs, ist gestorben. Fast zwanzig Jahre hat er die Entwicklung der politischen Dinge stark beeinflußt und sein Tod, der die stärkste Klammer innerlich widerspruchsvollen Parteigebildes beseitigt, wird ein politisches Ereignis. Die seltsamsten Gegensätze vereinigten sich, verflochten sich in diesem Manne. Er war ein volkstümlicher Volksredner, doch ohne jede tiefere Bildung, Stammtischwitz, aber ohne überragende Intelligenz, ein vorsichtiger Taktiker und Organisator, aber unfähig, sein und seiner Partei Handeln ins Ganze der Reichspolitik zu stellen, die reinste Verkörperung des Wiener Spießertums und der spießigste Feind der Sozialdemokratie, aber ohne ausgesprochene Klassengefühle oder gar eine bewußte Klassengesinnung, Förderer des Klerikalismus und doch kein Klerikaler, immer im Angriff, rücksichtsloser Zerschmetterer der Gegner und doch ein fühlender Mensch, voll demokratischer Ideen, einer der wichtigsten Urheber der demokratischen Entwicklung Oesterreichs und ein selbstherrlicher Autokrat, ein großer kommunalpolitischer und kommunalwirtschaftlicher Könner und der Mann, der die Autonomie von Stadt und Land zum Fluch, zum Mittel brutaler Unterdrückung zu gestalten wußte.

Am 24. Oktober 1844 zu Wien geboren, Sohn eines Dieners, spielte er schon als Student eine politische Rolle, damals in der traurigen Charaktermaske des schwarzgelben Spitzels. Die Anfänge der eigentlichen politischen Tätigkeit trennten den jungen Advokaten mit der demokratischen Partei. Daß ihn, weil er von der Demokratie zum deutschnationalen Antisemitismus, von hier zum christlichsozialen Antisemitismus seinen Weg nahm, dann aber, wenigstens in der Praxis, auch den Antisemitismus abstreifte, einen politischen Verwandlungskünstler genannt. Aber es hat keinen Sinn, diesen Mann an bestimmte Programme, Gesinnungen, Grundsätze festzunageln. Es lag nicht in seiner Art, Ideen zu umfassen, noch weniger in seiner Kraft, sie zu gebären. Er schloß sich stets Bewegungen an, die schon im Gange waren. Zweierlei leitete ihn dabei: die unverkennbare Kampflust und die unstillbare Machtbegierde. Beide Instinkte suchten den volkstümlichen Weg. Ein Streber des gewöhnlichen Schlages war er nie; schon als Demokrat sah er den Weg zum Bürgermeisteramt offen, er brauchte sich nur den Liberalen zu nähern. Allein er zog es vor, einen zehnmal längeren Umweg des Kampfes zu gehen. Im Auslande ist er hauptsächlich als Antisemit bekannt geworden, im spezifischen Sinne war er auch das nicht. Er haßte wahrscheinlich ehrlich die Juden und das Kapital, solange er nach Macht rang, haßte beide so sehr, daß er, der Patriot, vor Schönerer huldigen und dann wieder reden konnte wie ein Sozialdemokrat. Als Bürgermeister oder vielmehr Statthalter von Wien lernte er die Geldmächte für seine Parteizwecke benützen und nahm die wirtschaftliche Macht der Juden als gegebene, zu verwertende Tatsache hin. Gleichgültig sind dieses Mannes Ideen, aber höchst wichtig seine Methoden. Einen tätigeren, volkstümlicheren Agitator hat es für eine bürgerliche Partei gehabt, als er es war gegen Ende der achtziger und in den neunziger Jahren, ist das Muster des Demagogen, seine Technik unübertrefflich. Und keine Gemeinheit der Demagogie blieb ihm fremd. Mit Verleumdung, Verdächtigung, mit Bekämpfung von Bestrebungen, die er später verwirklichte, hat er die Macht der Liberalen gefällt. Dennoch war diese agitatorische Epoche wichtiger und für die allgemeine Entwicklung der Dinge in Oesterreich ein segensreicher Lebensabschnitt. Vielfach ging seine Arbeit mit der unsern parallel. Gemeinsam haben wir die Bureaukratenallmacht gedemütigt, niedergebeugt, bis dann während des Kampfes um die Sprachenverordnungen die Nationalisten — die ausgebildeten Methoden benützend — das Werk vollendeten. Auch in jener Kampfzeit verleitete ihn Haß und Eifer zu Niederträchtigkeiten, so wenn er unter Taaffe gegen Tschechen und Slaven zur Freude die Liberalen hinterging, so in den schamlosen Schmähungen der Sozialdemokratie. Aber in diesen seinen besten Tagen unter dem Unterrichtsministerium und als der Kaiser ihm (1895) die Bestätigung zum Bürgermeister weigerte, fand er oft starke Worte für die im Parlamente unvertretenen Arbeiter und hatte den Mut, dem Monarchen selbst den Krieg zu erklären.

Diesen Krieg hat er glänzend gewonnen. Im Besitze der Macht wurde zweierlei an ihm merkwürdig: eine fortschreitend bessere Sozialpolitik, allerdings bedenklich durch Schuldenwirtschaft, und eine freche Ausnützung der autonomen Gewalten zu reinen Parteizwecken, zur Ausbildung eines Wahlsystems in Stadt und Land, das seine Herrschaft auf immer sichern sollte, zum Mißbrauch der Amtsgewalt, zu dem unverschämten Wahlschwindel. Lueger war kein Vertreter kleinbürgerlicher Interessen und Ideen, wenn er sie auch benutzte. Ihm sprach kein Klassenhaß, wenn auch sein Denken spießbürgerlich gefärbt war. Er lebte als Kämpfer und Herrscher. Nicht weil sie das Proletariat vertritt, sondern weil sie eine Parteiorganisation seiner Parteiherrschaft über die Massen eine unüberwindliche Schranke gesetzt hat, vernichtete er die Sozialdemokratie mit seinem bittersten Hasse. Seine Popularität und Demagogie bereiteten er Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen anderswo gar nicht zu begreifende Schwierigkeiten, sein Despotismus beraubte durch den Wahlschwindel den Arbeitern die Früchte ihrer Mühen und entwürdigte Zehntausende Stadt- und Landesbediensteter zu politischen Heloten. Die Demokratie und die Stadt- und Landautonomie zur Entartung gebracht zu haben, ist sein größtes Verbrechen, sein größtes Verdienst, daß sein Kampf die Mächte des Alten erschütterte, sein Aufstieg ihren Glanz verdunkelte. Denn durch eigene Kraft emporgekommenen Bürgermeister beugten sich Ministerpräsidenten, Erzherzöge und Kardinäle, er war weit mehr als die Regierung, nach dem Kaiser unbestritten der erste Mann im Reiche.

Schlacht erzogen und manierlos wie alle echten Wiener hat er noch vor sechs Jahren die Arbeiter durch ein grobes Schimpfwort beleidigt, zur Strafe feierte damals seinen 60. Geburtstag statt des Fackelzuges eine Protestdemonstration. Später dämpften sich die Töne des Hasses. Als Lueger bereits schwer krank sich von seinem Bette ins Parlament tragen ließ, um die Wahlreform zu retten, die Pluralität abzuwehren, hat ihm die Arbeiterschaft viel von seinen alten Sünden vergeben und vergessen. Und der tapfere Kampf gegen die Krankheit, daß er, der Erblindete, den sein Siechtum immer wieder aufs Lager warf, bis zum letzten Atemzuge alle Arbeit des Bürgermeisters, des Abgeordneten und Parteiführers verrichtete, rang Achtung ab. Er war der furchtbarste Feind der Arbeiter, allein ein Feind, mit dem zu kämpfen Ehre war; seine Erben sind Streber, Geschäftemacher und Korruptionisten.

Der Kulissenschacher.

Am Mittwoch abend meldeten alle Berliner Blätter, denen einige Vertrautheit mit den Vorgängen hinter den Kulissen zugeschrieben werden kann, daß die Einigungsverhandlungen gescheitert sind. Das Zentrum hat — ganz wie bei der Finanzreform — den Konservativen den Rücken gestärkt, diese wollen den Nationalliberalen auch nicht den kleinsten Schritt entgegenkommen. Nach dem Berliner Tageblatt sind die Nationalliberalen schon so bescheiden geworden, daß sie die direkte Wahl und die geheime Abgeordnetenwahl als „endgültig unerreichbar" aufgegeben haben, und nur noch auf dem Gebiet der Wahlkreiseinteilung oder der Klassendrittelung oder der Hebung der „Kulturträger" einen kleinen Vorteil herauszuschlagen hoffen. Dazu ist zu bemerken, daß die große Masse des Volkes nur in der ersten der drei nationalliberalen Forderungen eine Verbesserung sieht, die beiden anderen laufen noch auf eine ganz infame Verschlechterung des bestehenden Zustandes hinaus.

Die Nationalliberalen werden, so wird weiter versichert, sich auf keine Reform einlassen, die nicht eine dauerhafte Lösung darstelle. Ein Provisorium irgendwelcher Art werde die Fraktion unter keinen Umständen annehmen, zum mindesten müsse etwas geschaffen werden, was für **zehn oder zwanzig Jahre Ruhe** gewährleiste. Und diese Leute wollen nun „Realpolitiker" sein! Heute sind die „realpolitischen" Verhältnisse in Preußen-Deutschland so, daß es nicht eine Stunde Ruhe gibt, solange das alte Dreiklassensystem besteht. Wer das noch nicht erkannt hat, der ist kein Realpolitiker, sondern ein Illusionspolitiker, um nicht zu sagen, ein hoffnungsloser Narr.

Es wäre müßig, zu prophezeien, was die nächste Woche bringen wird. Wenn Unfähigkeit, Feigheit, Kopflosigkeit, Volksverrat sich zum gemeinsamen Werke rüsten, kann man von dem, was dabei herauskommen wird, nicht mehr wissen, als daß es nichts Gutes sein wird. Vielleicht zerplatzt die ganze Blase mit Gestank, wahrscheinlicher aber ist, daß irgendein undefinierbarer Rest zurückbleibt — denn irgend etwas muß, muß, muß zustande gebracht werden. Die brave Volksvertretung hat Angst, das Volk steht vor der Türe!

Die preußische Wahlreform Bethmann-Hollweg ist heute schon mißglückt! Das Wort der Thronrede bleibt uneingelöst! Es wäre ja auch nicht eingelöst worden durch die jammervolle und infame Vorlage der Regierung!

Aber selbst diese Vorlage hat noch jammervolleren, noch infameren Kommissionsbeschlüssen weichen müssen. Die Pfuscharbeit der kommenden Tage wird wiederum diese Beschlüsse nicht verbessern, sondern höchstens noch weiter verhunzen.

Also Fiasko, Krach, Bankrott auf der ganzen Linie! Und was jetzt noch unternommen wird mit der Eile des Verbrechers, der seine Spuren verwischen will, ist weiter nichts als ein Versuch der Bilanzverschleierung. Weil man zu feige ist, um dem Volk mit leeren Händen zu kommen, sucht man etwas, was man ihm reichen kann, und wäre es auch schlechter als ein ehrlicher Stein.

Mögen sich drum verlogene und feige Gesellen binnen acht Tagen ein Gesetzchen abquälen, dem sie die Etikette „Wahlreform" anheften, das Volk wird sich nicht betrügen lassen!

* * *

Gegen die Berliner Polizeistreiche.

In ihrer Sitzung am Mittwoch beschloß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags, eine **Interpellation über das Verbot des Spazierganges im Treptower Park** und die sich daran anschließenden Vorgänge in Berlin einzubringen.

Auch im Berliner Stadtverordnetenkollegium wird das Vorgehen der Polizei am letzten Wahlrechtssonntag zur Sprache gebracht werden. Zur Debatte steht der Polizeietat, der die Stadt Berlin mit 8 Millionen M. belastet, und es ist sicher, daß diese Gelegenheit zu ausgiebiger Kritik der Polizei benützt werden wird.

Scharfmacher und Nationalliberale.

Die rechtsnationalliberale Rheinisch-Westfälische Zeitung verlangt von den Nationalliberalen kategorisch, daß sie schleunigst mit den Konservativen gemeinsame Sache machen sollen, damit in der Frage der Neugestaltung des Wahlrechts in Preußen die Wünsche der Industrie zur Geltung kommen. Die Scharfmacher verlangen die Drittelung durch die Gemeinden und Beseitigung der Maximierung. Das Blatt sagt: „Gerade diese beiden Forderungen muß die Industrie des Westens unbedingt durchzusetzen suchen, wenn sie nicht zu politischer Ohnmacht verdammt werden will. Wir Industriellen können und müssen von den Nationalliberalen fordern, daß sie jetzt im Plenum des Abgeordnetenhauses endlich einmal praktische Politik treiben, um uns diese beiden letzten Bollwerke unseres politischen Einflusses zu sichern." So sehen sich die Nationalliberalen, wenn sie selbst diese oder jene kleine Verbesserung in der Wahlrechtssache wollten, durch ihre großindustriellen Parteigewaltigen bedroht. Die Nationalliberalen bleiben die Hörigen des Großkapitals.

*

Protest gegen eine Polizeiattacke.

In Solingen ist es Sonntag zu scharfen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, die eine im Zuge getragene rote Fahne gewaltsam wegnehmen wollte. Unsere Parteigenossen haben deshalb für Dienstag abend eine Protestversammlung nach dem Kaisersaal einberufen. Weil die Versammlung vorzeitig überfüllt war, wurde sofort noch eine Versammlung im Gewerkschaftshause veranstaltet. Trotzdem standen noch Tausende auf der Straße, die keinen Einlaß in die überfüllten Säle finden konnten. Die Genossen Schaal, Dittmann und Wendemouth geißelten in schärfster Weise das Verhalten der Polizei. Eine Protestresolution, die sich mit den Ausführungen der Redner deckt, wurde einstimmig angenommen. Nach Schluß der Versammlung entwickelte sich eine Riesendemonstration durch die Hauptstraßen der Stadt. Etwa 15 000 Menschen zogen am Rathause vorbei, wo sich am Sonntag die Polizeiattacke ereignete. Vor dem Hause des Landtagsabgeordneten Dr. Gotschalk wurde demonstriert. Nachdem der Zug noch am Landratsamt vorbeigezogen war, löste er sich auf. Trotz der gewaltigen Erregung der Massen und der kolossalen Beteiligung verlief die Demonstration ohne jeden Zwischenfall, da sich die Polizei zurückhielt und unseren Genossen die Aufrechterhaltung der Ordnung überließ. Der Eindruck dieser Demonstration war ein gewaltiger.

*

Ein Reinfall der Dortmunder Anklagebehörde.

Wegen eines Berichts über die große Demonstration am 18. Februar wurde die Dortmunder Arbeiterzeitung konfisziert und Genosse Beyer, der Verantwortliche, unter Anklage gestellt wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und wegen Aufreizung zum Klassenhaß. Das „Verbrechen" sieht die Anklage in folgenden Sätzen des Artikels:

„Ihr wollt den Krieg haben, ihr Herren — wohlan — so sollt ihr ihn denn haben!" ... „Wir werden auch fernerhin tun, was nur in unserer Macht steht, um Blutvergießen zu verhindern, aber auf die Straße gehen jetzt die Massen — daran wird sie kein Gott und kein Teufel mehr hindern! Und Schutzmannsdrohung erst recht nicht!" ... „Die Rechte, die man uns nicht freiwillig gibt, nehmen wir uns! Und der Arbeiter, der am Hochofen und in der Grube tagtäglich im Dienste des Ausbeutertums sein Leben aufs Spiel setzt, wird nicht zurückschrecken, wenn der Schutzmannssäbel ihm sein Recht strittig machen will. Fließt Arbeiterblut für das Kapital, so kann es auch fließen im Kampfe ums Recht!"

Um die Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß zu rechtfertigen, mußte der Staatsanwalt erst eine neue Bevölkerungsklasse schaffen, gegen die die Arbeiter aufgereizt werden sollten. Und eine solche Bevölkerungsklasse sind nach seiner Ansicht die — Schutzleute. Dem Verteidiger, Rechtsanwalt Frank, gelang es in glänzender Weise, die Unhaltbarkeit der Anklage nachzuweisen. Die Schutzleute seien keine besondere Bevölkerungsklasse, und alle andern Bevölkerungsklassen des Bezirks lehnten den Wahlrechtsentwurf der Regierung mehr oder minder heftig ab. Es sei hier im Bezirk keine einzige Bevölkerungsschicht vorhanden, die sich zum Entwurf der Regierung bekenne. Also sei es ein Unding, von Aufreizung der Bevölkerungsklassen gegeneinander zu reden. Auch zum Ungehorsam gegen die Gesetze sei nicht aufgefordert worden. Der Artikel sei geschrieben unter dem Eindruck der Vorgänge des 18. Februars. Er enthalte keine Aufforderung, sondern konstatiere nur Tatsachen.

Der Staatsanwalt beantragte die hohe Strafe von 6 Monaten Gefängnis. Das Gericht kam aber zu dem Resultat, daß die Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß nicht aufrecht erhalten werden könne. Genosse Beyer wurde nur wegen Aufforderung zu weiteren Demonstrationszügen (Ungehorsam gegen die Gesetze) zu 500 M. Strafe verurteilt.

Deutsches Reich.

Kiautschau.

Im Reichstage stand am Mittwoch zunächst der Etat für Kiautschau zur Beratung. Kiautschau, ein Küstenstrich in China von der Durchschnittsgröße eines preußischen Landratskreises, mit der Haupt- und Hafenstadt Tsingtau, wurde zu einer Zeit in Zwangspacht genommen, als man Knackfußsche Bilder malte, den Ostasiaten die gepanzerte Faust

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100310/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG